



Bald wird unter deutsch-niederländischem Gewässer Erdgas gefördert. Im Koalitionsvertrag hatte sich die Ampel noch dagegen ausgesprochen. Foto: J. Modrow/Greenpeace/dpa

Deutschland konnte noch Anfang des Jahrtausends mehr als 20 Prozent seines Erdgasbedarfs durch heimische Förderung decken. Seitdem ist der Wert stetig gesunken, nur noch fünf Prozent des hierzulande verbrauchten Gases kommen heute noch aus eigenen Erdgasfeldern. Zum einen, weil die Vorkommen zur Neige gehen, zum anderen, weil die Ausbeutung umweltpolitisch nicht mehr erwünscht ist.

Im Zuge der Energiekrise und eines drohenden Lieferstopps russischer Gasimporte ist nun allerdings Bewegung in die Debatte gekommen. Immer mehr Stimmen fordern, die heimische Produktion wieder auszuweiten – sehr zur Freude der Gasbranche: „Dieser Wert an Versorgungssicherheit muss erkannt und gehoben werden“, sagt Ludwig Möhring, Chef des Bundesverbands Erdgas, Erdöl und Geoenergie (BVEG).

Neue Erdgas-Plattform

So möchte etwa ein niederländisches Unternehmen vor der Nordseeinsel Borkum eine Erdgas-Plattform bauen, um dort ein 60 Milliarden Kubikmeter großes Feld auszubeuten, das 2017 unter deutschem und niederländischen Gewässer entdeckt wurde. Zwei Milliarden Kubikmeter sollen jährlich gefördert werden, die Hälfte davon für Deutschland.

Dass es dazu kommen konnte, war Anfang des Jahres noch nicht abzusehen. Die zuständige rot-schwarze Regierung in Niedersachsen hatte bis vor kurzem die Fördererlaubnis verweigert, auch die Ampel im Bund hatte

Fällt das nächste Tabu?

Deutschland Angesichts eines drohenden russischen Gas-Lieferstopps diskutiert das Land wieder über Fracking. Der Widerstand gegen Gasförderung in der Nordsee ist bereits gebrochen. *Von Igor Steinle*

Mehrere Methoden

Beim Fracking wird eine Wasser-Sand-Chemikalienmischung unter hohem Druck in Gesteinsschichten gepresst, die sehr fein verteiltes Öl oder Gas enthalten, das nicht frei fließen kann. Die Schichten werden aufgebrochen, um die Rohstoffe herauszudrücken.

Unterschieden wird zwischen Fracking in konventionellen und unkonventionellen Lagerstätten: In konventionellen wird Gas aus Sandsteinschichten gewonnen, in denen es in Blasen vorliegt. Hier ist weniger Flüssigkeit und Druck nötig. Diese Methode wird auch in

Deutschland schon lange benutzt.

Beim hingegen verbotenen unkonventionellem Fracking ist das Gas oder Öl direkt an der Gesteinsoberfläche gebunden und muss mit mehr Druck und Flüssigkeit herausgepresst werden. *afp*

sich im Koalitionsvertrag gegen neue Öl- und Gasbohrungen ausgesprochen – sehr zum Unmut der Niederlande.

Deutschland verbraucht aber jährlich rund 90 Milliarden Kubikmeter Gas, der russische Anteil konnte nun zwar von mehr als der Hälfte auf zuletzt 35 Prozent gedrückt werden. Eine Milliarde Kubikmeter zusätzliches Gas im Jahr bleibt dennoch nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein.

Mehr Potenzial böte die Fracking-Technologie, bei der unter hohem Druck Flüssigkeiten in den Boden gepresst werden, um das Gestein durchlässiger zu machen und so Gas oder Öl zu fördern. Laut einer Studie, die die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) 2016 durchgeführt hat, schlummern in deutschen Böden enorme Mengen solchen Schiefergases. Bis zu zwei Billionen Kubikmeter seien es im optimistischsten Fall, mindestens aber um die 300 Milliarden.

Die Technologie ist hierzulande jedoch, zurückhaltend ausgedrückt, nicht besonders gut beleumundet. Kritiker befürchten, dass die verwendeten Chemikalien das Trinkwasser vergiften könnten. Als die Technologie vor etwa zehn Jahren erstmals in Deutschland diskutiert wurde, kam es zu massiven öffentlichen Protesten. Sogar die an sich gasfreundliche CSU positionierte sich dagegen, als die Bierbrauer vor einer Verschmutzung des Trinkwassers warnten.

„Dabei ist das Grundwasser in tieferen Schichten fast überall für eine menschliche Nutzung ungeeignet“, sagt der Geophysiker und ehemalige Chef der BGR

Hans-Joachim Kümpel. Von Natur aus sei es mit Salzen, Schwermetallen und sogar radioaktiven Stoffen belastet. Die große Mehrheit der Geowissenschaftler und aller geologischer Fachbehörden wiesen darauf hin, „dass die Risiken der Technologie für Mensch und Umwelt überschätzt werden“. Selbst in den USA, das nach einem beispiellosem Fracking-

„Rufe nach einer politischen Neubewertung kamen zuletzt nur vereinzelt auf.“

boom zum weltgrößten Schiefergas-Produzenten aufstieg, seien Pannen eher die Ausnahme, sagen Befürworter. Dennoch wurde das Verfahren in Deutschland 2017 verboten.

Daran konnte auch das Gutachten einer vom Bundestag einberufenen Expertenkommission nichts ändern, das zum Schluss kommt, dass sich die Risiken minimieren ließen. Forderungen nach einer politischen Neubewertung kamen zuletzt nur vereinzelt auf, etwa vom bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder (CSU).

Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) winkt allerdings ab: Die Genehmigungen würden zu lange dauern, außerdem wolle man ohnehin weg vom Gas hin zu Wasserstoff, weswegen Unternehmen solche Investitionen scheuen würden. Branchenvertreter Möhring klingt da allerdings etwas anders: Deutschland wäre gut beraten „sämtliche Ressourcen ernst zu nehmen“.

Interview

„Grundwasser nicht betroffen“

Von Politik und Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet hat die vom Bundestag einberufene „Expertenkommission Fracking“ im vergangenen Jahr ein abschließendes Gutachten über Fracking vorgestellt. Ein Restrisiko wird es immer geben, sagt Kommissions-Vorsitzende Charlotte Krawczyk im Interview. Doch die Gefahren ließen sich minimieren.

Was sind die Erkenntnisse Ihres Gutachtens?

Charlotte Krawczyk: Wir haben die Auswirkungen von Fracking auf Grundwasser, Methanausstoß und Erdbeben-Aktivität in anderen Ländern anhand von Fachliteratur ausgewertet, da wir in Deutschland keine Erfahrungen mit unkonventionellem Fracking haben. Wir haben die Ergebnisse bewertet und Empfehlungen gegeben, mit denen sich Risiken minimieren lassen. Ein Restrisiko wird jedoch immer bestehen bleiben.

Welche Faktoren sind relevant?

Gibt es beispielsweise große Störungen im Untergrund, sollten solche Gebiete ausgeschlossen werden. Oder: Wie dicht ist das Gebiet besiedelt, gibt es kritische Infrastrukturen? Wir halten es deshalb weiterhin für sinnvoll, zuerst anhand von Erprobungsmaßnahmen mehr Kenntnisse zu den Risiken und deren Beherrschbarkeit zu erhalten, bevor großmaßstäblich in die Aufsuchung und Förderung eingestiegen wird. Nach unserer Kenntnis liegen den Landesbehörden keine solchen Anträge vor. Hinzu kommt, dass wir aus fossiler Energie aussteigen wollen, sodass Firmen keine Investitionen tätigen, wo zunächst noch Forschung betrieben werden muss.

Hat es in den vergangenen Jahren Fortschritte gegeben?

Ja, beispielsweise gibt es Wasserverunreinigungen eher an der Oberfläche, aber nicht im Grundwasser. Durch technische Anforderungen an Bohrplätze lassen sich diese weiter reduzieren. Auch die Dichtigkeit der Leitungen oder die Ventiltechnik sind erheblich verbessert.

Wie steht es ums Erdbebenrisiko?

Man muss sich genau ansehen, in welcher Region man fördern will. Gibt es bereits starke natürliche



Krawczyk ist Geophysikerin am Potsdamer Helmholtz-Zentrum. Foto: GFZ

Aktivität, wie etwa im Rheingraben, wäre das ein Ausschlusskriterium. Auch tektonisch beanspruchte Gebiete wären auszuschließen. Es kommt auch darauf an, wie tief die Lagerstätten liegen: Sind sie nahe an der Oberfläche, ist das Risiko größer. Bei unkonventionellem Fracking brauche ich meist höheren Druck, oberflächennahe Gasvorkommen sollten daher ausgeschlossen werden. *Igor Steinle*

ZAHL DES TAGES

1,3

Millionen Menschen aus den östlichen Nachbarstaaten haben 2020 sozialversicherungspflichtig in Deutschland gearbeitet. Damit spielen die Osteuropäer eine wichtige Rolle bei der Entlastung des Arbeitsmarktes, teilte das Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung mit. Das Land sei auf Fachkräfte aus anderen EU-Staaten angewiesen. *epd*

Migration

3077 Tote auf dem Weg nach Europa

Genf. Auf dem Weg Richtung Europa über das Mittelmeer und den Atlantik sind im Jahr 2021 mehr als 3000 Migranten gestorben. Das gab das UN-Flüchtlingskommissariat (UNHCR) am Freitag bekannt. Demnach stieg die Zahl der Menschen, die infolge eines Versuchs, die europäische Mittelmeerküste oder die Kanarischen Inseln zu erreichen, für tot oder vermisst erklärt wurden, gegenüber dem Vorjahr (1544 Menschen) auf nun etwa das Doppelte (3077 Tote). *dpa*



Proteste in Kolumbien

Bei Demonstrationen gegen die amtierende kolumbianische Regierung und in Erinnerung an den Ausbruch sozialer Unruhen vor einem Jahr setzte die Polizei in Bogotá unter anderem Wasserwerfer ein. *Foto: Raul Arboleda/afp*

Push-Backs

Frontex-Chef tritt zurück

Berlin. Der Chef der europäischen Grenzschutzagentur Frontex, Fabrice Leggeri, ist zurückgetreten. Das teilte am Freitag der Verwaltungsrat mit. Der Franzose war wegen Berichten über Menschenrechtsverletzungen an EU-Außengrenzen unter Druck geraten. Auch Frontex-Einheiten sollen verwickelt sein. Es geht um illegale „Push-Backs“. Dabei handelt es sich um das Abdrängen von Migranten, die über EU-Außengrenzen kommen wollen, oder um ihre heimliche Abschiebung. *dpa*

Montenegro

Neue Regierung mit neuem Chef

Cetinje. Montenegro bekommt eine neue Minderheitsregierung mit pro-westlicher Ausrichtung. Das neue Kabinett bestücken mehrere Kleinparteien. Möglich wurde dies durch die Unterstützung der größeren Formation DPS von Staatschef Milo Djukanovic, die selbst nicht an der Regierung beteiligt ist. Regierungschef wird der 36-jährige Dritan Abazovic. Die neue Regierung will gegen Korruption vorgehen und den EU-Beitrittsprozess vorantreiben. *afp*